

Justus Meyer

Wirtschaftsrecht: Handels- und Gesellschaftsrecht

Springer Gabler 2018

Print ISBN 978-3-658-19982-1

eBook ISBN 978-3-658-19983-8

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---------------------------|----|
| Lösungen Kapitel 1 | 3 |
| Lösungen Kapitel 2 | 4 |
| Lösungen Kapitel 3 | 4 |
| Lösungen Kapitel 4 | 5 |
| Lösungen Kapitel 5 | 6 |
| Lösungen Kapitel 6 | 7 |
| Lösungen Kapitel 7 | 8 |
| Lösungen Kapitel 8 | 8 |
| Lösungen Kapitel 9 | 9 |
| Lösungen Kapitel 10 | 10 |
| Lösungen Kapitel 11 | 10 |
| Lösungen Kapitel 12 | 11 |

Lösung Übungsaufgaben

Die (richtigen) Antworten sind kursiv gedruckt. Hinweis für die vernetzten Aufgaben: Wenn nichts anderes geschrieben, beziehen sich die Lösungshinweise stets auf das bei Redaktionsschluss vorliegende Geschäftsjahr 2018. Die zentralen Aussagen sind jedoch in vielen Fällen auch auf andere Geschäftsjahre übertragbar.

Lösungen Kapitel 1

Let's check

1. Wie verhalten sich die Begriffe Handelsrecht, Unternehmensrecht und Wirtschaftsrecht zueinander?
Handelsrecht ist das Sonderprivatrecht der Kaufleute. Das Gesellschaftsrecht behandelt die mitgliedschaftlich organisierten, privaten Organisationsformen. Beide werden häufig unter dem Begriff Unternehmensrecht zusammengefasst. Zusammen mit dem gewerblichen Rechtsschutz, Wettbewerbs- und Kartellrecht sind sie Teile des Wirtschaftsrechts im weiteren Sinne.
2. Inwiefern ist das EU-Recht für das Handels- und Gesellschaftsrecht von Bedeutung?
Das EU-Recht wirkt mit seinen Grundfreiheiten und Grundrechten auf das Handels- und Gesellschaftsrecht. Einige EU-Verordnungen haben supranationale Rechtsformen geschaffen. Hinzu kommen zahlreiche handels- und gesellschaftsrechtliche Richtlinien (► Abschn. 1.3.1).
3. Welches sind die wichtigsten gesellschaftsrechtlichen Vorschriften im BGB und HGB, welches die wichtigsten gesellschaftsrechtlichen Sondergesetze?
Die wichtigsten gesellschaftsrechtlichen Regelungen im BGB betreffen den Verein (§§ 21 ff BGB) und die BGB-Gesellschaft (§§ 705 ff BGB). Im HGB behandelt das zweite Buch die OHG, KG und die stille Gesellschaft (§§ 105 ff HGB). Die wichtigsten Sondergesetze sind das GmbHG und das AktG.
4. Welches sind die wichtigsten Charakteristika handelsrechtlicher Normen?
Die wichtigsten Charakteristika handelsrechtlicher Normen sind die Entgeltlichkeit von Handelsgeschäften, die Einfachheit und Leichtigkeit des Handelsverkehrs mit den gesteigerten Sorgfaltsanforderungen an die Beteiligten als Kehrseite, der Grundsatz der Publizität und des Vertrauensschutzes sowie die Internationalität vieler Handelsgeschäfte und des Handelsrechts (► Abschn. 1.4).
5. Erläutern Sie den Unterschied zwischen Innenverhältnis und Außenverhältnis an Regelungen des Vereinsrechts und des OHG-Rechts.
Regelungen des Innenverhältnisses betreffen die Binnenorganisation von Verbänden wie die Beziehung der Mitglieder untereinander, ihre Rechte und Pflichten sowie die Entscheidungsstrukturen in einer Gesellschaft. Hierher gehören im Vereinsrecht z. B. die Vorschriften zur Mitgliederversammlung und Geschäftsführung. Im OHG-Recht sind die Vorschriften zum Innenverhältnis im zweiten Abschnitt zusammengefasst (§§ 109 bis 122 HGB). Das Außenverhältnis betrifft die Rechtsbeziehungen des Verbandes zu Dritten. Hier geht es insbesondere um Vertretungs- und Haftungsfragen. Ein vereinsrechtliches Beispiel liefert die Vertretungsregelung des § 26 II BGB. Im OHG-Recht ist das Außenverhältnis im dritten Abschnitt geregelt (§§ 123 ff HGB).

Vernetzende Aufgaben

1. Informieren Sie sich im BGB und GmbHG über die Mindestmitgliederzahl zur Gründung eines Vereins, einer BGB-Gesellschaft, einer GmbH und einer Stiftung.
Zur Gründung eines eingetragenen Vereins sind nach § 56 BGB mindestens 7 Mitglieder erforderlich. Eine BGB-Gesellschaft entsteht durch den Abschluss eines Gesellschaftsvertrags (§ 705 BGB). Hier sind also mindestens zwei Personen erforderlich. Eine GmbH kann nach § 1 GmbHG durch eine oder mehrere Personen gegründet werden. Das Gesetz spricht zwar ebenfalls vom Gesellschaftsvertrag, die Gründung durch eine einzige Person ist aber ausdrücklich anerkannt und Einpersonen-GmbH spielen in der Praxis eine ganz erhebliche Rolle. Auch wenn sie keinen Verband i. S. eines Zusammenschlusses mehrerer Personen darstellen, sind sie, ebenso wie Mehrpersonen-GmbH, Gegenstand des Gesellschaftsrechts. Demgegenüber wird eine Stiftung durch einen Stifter gegründet, hat aber gar keine Mitglieder. Sie ist daher nicht Gegenstand des Gesellschaftsrechts, obwohl die Stiftung heute eine wichtige Unternehmensform ist.
2. UNCITRAL ist die Kommission der vereinten Nationen für internationales Handelsrecht. Auf ihrer Homepage (www.uncitral.org) können Sie den Text des UN-Kaufrechts (CISG) sowie die Liste der Mitgliedstaaten finden. Lesen Sie insbesondere Art. 2 lit. a CISG und begründen, inwiefern das UN-Kaufrecht ein „Welthandelskaufrecht“ ist.
Das UN-Kaufrecht enthält für die Vertragsstaaten ein internationales Kaufrecht. Die Zahl der Vertragsstaaten ist mittlerweile so groß, dass dieses internationale Kaufrecht in weiten Teilen der Welt gilt. Da nach Art. 2 lit. a CISG Verbraucherkäufe weitestgehend ausgeklammert sind, regelt das UN-Kaufrecht faktisch Handelskäufe weltweit.

Lösungen Kapitel 2

Let's check

1. Inwiefern folgen die §§ 1 ff HGB dem subjektiven System?
Die §§ 1 ff HGB bestimmen den Anwendungsbereich des HGB anhand der beteiligten Personen und nicht nach Gegenständen wie etwa bestimmten Handelsgeschäften: Die HGB-Vorschriften gelten für Kaufleute und Handelsgesellschaften.
2. Welches sind die Merkmale des Kaufmannsbegriffs? Sind diese auch für die OHG und die GmbH relevant?
Siehe § 1 I HGB: Gewerbe, Handelsgewerbe, Betreiber. Diese Merkmale sind auch für die Abgrenzung der OHG von der BGB-Gesellschaft relevant (§ 105 I HGB), nicht dagegen bei der GmbH, da diese Formkaufmann ist. Sie ist unabhängig vom Betrieb eines Handelsgewerbes stets Handelsgesellschaft (§ 13 III GmbHG).
3. Welches sind die Merkmale des Gewerbebegriffs?
Die relevanten Merkmale sind: Selbständigkeit, Ausrichtung nach außen, Planmäßigkeit und Entgeltlichkeit, kein freier Beruf.
4. Erläutern Sie die Begriffe Istkaufmann, Musskaufmann, Kannkaufmann, Formkaufmann und Scheinkaufmann.
Istkaufmann ist derjenige, der ein größeres Gewerbe betreibt und daher nach § 1 II HGB ohne weiteres Kaufmann ist. Für ihn wird auch der Begriff Musskaufmann verwendet, da er zwangsläufig Kaufmann ist. Als Kannkaufmann wird der Kleingewerbetreibende bezeichnet, da er sich nach § 2 HGB durch freiwillige Eintragung zum Kaufmann machen kann. Formkaufmann sind die Gesellschaften, die schon Kraft ihrer Rechtsform und nicht erst aufgrund des Betriebs eines Handelsgewerbes Handelsgesellschaften sind (z. B. § 13 III GmbHG). Scheinkaufleute sind Nichtkaufleute, die zurechenbar den Rechtsschein setzen, Kaufmann zu sein und sich gewohnheitsrechtlich entsprechend behandeln lassen müssen.
5. A hat das leerstehende Kinderzimmer umfunktioniert und repariert in der Freizeit Handys. Hierzu hat er Werkzeug für 4.000 EUR angeschafft, hält ca. 10.000 Ersatzteile vor, unterhält eine eigene Homepage und ein Geschäftshandy, das ihn 52 EUR pro Monat kostet. So erzielt er monatlich im Durchschnitt 3.000 EUR Umsatz. Ist A Kaufmann?
Der Reparaturbetrieb ist seiner Art nach kaufmännisch nicht komplex und seinem Umfang nach (keine Angestellten, 36.000 EUR Jahresumsatz) nicht so groß, dass eine kaufmännische Buchführung oder sonstige kaufmännische Einrichtung erforderlich wäre. Das Unternehmen hat also einen kleingewerblichen Zuschnitt. Als Kleingewerbetreibender ist A nach § 2 HGB nur Kaufmann, wenn er sich ins Handelsregister eintragen lässt. Mangels Angaben im Sachverhalt über eine entsprechende Eintragung ist A also kein Kaufmann.
6. Welche Vermutungswirkung entfaltet § 1 II HGB?
Nach § 1 II HGB sind Gewerbebetriebe Handelsgewerbe, es sei denn sie sind ihrem Gesamtzuschnitt nach kleingewerblich. Sobald feststeht, dass ein Betrieb Gewerbebetrieb ist, wird vermutet, dass es sich um ein Handelsgewerbe handelt.

Vernetzende Aufgaben

1. Die Abgrenzung zwischen Kleingewerbetreibenden und Ist-Kaufleuten hängt nach § 1 II HGB davon ab, ob nach Art und Umfang des Unternehmens eine kaufmännische Einrichtung erforderlich ist. Ermitteln Sie die hierzu maßgeblichen Kriterien auf der Homepage der IHK Frankfurt und im Kommentar Baumbach/Hopt „Handelsgesetzbuch“.
2. Vergleiche zur gleichen Abgrenzung das Urteil des OLG Dresden vom 26.04.2001, Aktenzeichen 7U301/01.

Das Urteil des OLG Dresden ist in verschiedenen Fachzeitschriften wie dem NJW-Rechtsprechungsreport (Jahrgang 2002, S. 33), den gängigsten Datenbanken (Juris, Beck-online) sowie auch frei im Internet verfügbar. Den Ausgangspunkt bildete die prozessuale Frage, ob die Parteien eine wirksame Gerichtsstandsvereinbarung, also eine Vereinbarung des örtlich zuständigen Gerichts, geschlossen haben. Eine solche Vereinbarung ist nach § 38 I ZPO Kaufleuten vorbehalten. Daher war zu entscheiden, ob der Beklagte durch seinen Vortrag zur fehlenden Vielfalt der angebotenen Leistungen, der geringen räumlichen Ausdehnung und des geringen Umfangs seiner Geschäftstätigkeit die Vermutung des § 1 II HGB widerlegt hat.

Lösungen Kapitel 3

Let's check

1. Nennen Sie die wichtigsten Publizitätsmittel des HGB.
Die wichtigsten Publizitätsmittel des HGB sind das Handelsregister (und Unternehmensregister), die Firma (und andere Unternehmenskennzeichen) und die Rechnungslegung. Sie sind in §§ 8ff, 17ff und 238ff HGB geregelt.
2. Was ist das Unternehmensregister? Wo ist es geregelt? Welche Informationen enthält es? Wie verhält es sich zum Handelsregister?
Das Unternehmensregister ist in § 8b HGB regelt. Es ist ein vom Bundesjustizministerium geführtes Internetportal, das die Eintragungen im Handelsregister, Genossenschaftsregister, Partnerschaftsregister sowie weitere bilanzrechtliche, gesellschaftsrechtliche und kapitalmarktrechtliche Informationen enthält (vgl. § 8b II HGB). Es handelt sich also um eine zentrale Zugangsstelle, die auch einen Zugang zum Handelsregister vermittelt.

3. Welche Fälle regelt § 15 I – III HGB?
§ 15 I HGB regelt den Fall unterlassener Eintragung und Bekanntmachung. § 15 II HGB regelt den Fall richtiger Eintragung und Bekanntmachung. § 15 III HGB regelt den Fall unrichtiger Bekanntmachung.
4. Welches sind die drei Grundsätze der Firmenbildung?
Nach §§ 18 f HGB wie auch § 4 GmbHG und § 4 AktG sind erforderlich: Kennzeichnungs- und Unterscheidungskraft, keine Irreführung, aktuell zutreffender Rechtsformzusatz.
5. K verpachtet sein Unternehmen zum Import von Südfrüchten für 10 Jahre an P. Kann P die Firma „K Südfrüchte-Import e.K.“ fortführen?
Nach § 22 II HGB gelten die Regeln zur Firmenfortführung auch bei zeitweiliger Übernahme eines Handelsgeschäfts etwa durch Unternehmenspacht. Erwerber P kann daher die Firma nach § 22 I HGB auch ohne Nachfolgezusatz fortführen, sofern der bisherige Inhaber, also K, zustimmt.
6. Hat eine Firmenfortführung in der vorigen Aufgabe haftungsrechtliche Konsequenzen?
Nach § 25 I HGB haftet der Erwerber im Fall der Fortführung des Unternehmens und der Firma für die unternehmerischen Altverbindlichkeiten. Er tritt als Gesamtschuldner neben den bisherigen Inhaber, dessen Haftung nach § 26 HGB einer fünfjährigen Sonderverjährung unterliegt.
7. Was ist ein Share Deal? Welche Haftungsfolgen hat er?
Als Share Deal wird ein Unternehmenskauf in der Form des Erwerbs aller Anteile der unternehmenstragenden Kapitalgesellschaft (insb. GmbH oder AG) verstanden. Dadurch wird der Erwerber aller Anteile zwar wirtschaftlich neuer Inhaber. Juristisch bleibt aber die Gesellschaft Inhaberin des Unternehmens und haftet weiterhin allein für die unternehmerischen Verbindlichkeiten. Der Share Deal hat also keine unmittelbaren haftungsrechtlichen Folgen.

Vernetzende Aufgaben

1. Publizitätsgrundsätze spielen im Zivilrecht in verschiedenen Bereichen eine unterschiedliche Rolle. Beispielsweise schaffen die §§ 170 bis 173 BGB im Stellvertretungsrecht einen gewissen Vertrauensschutz, und im Sachenrecht wird das Publizitätsprinzip vor allem durch den Besitz und das Grundbuch verwirklicht. Vergleichen Sie z. B. dort mit dem durch das Handelsregister geschaffenen.
Die Institute des HGB (Firma, Handelsregister, Rechnungslegung) schaffen eine deutlich weitergehende Unternehmenspublizität. Der Gutgläubensschutz des § 15 HGB ähnelt am ehesten §§ 891, 892 BGB.
2. Vergleichen Sie die Regelung des § 15 I - III HGB mit den Vorgaben der Publizitätsrichtlinie.
Die Publizitätsrichtlinie (RL 2009/101/EG) ist im Internet insbesondere über die Homepage EUR-Lex zugänglich. Sie enthält in Art. 3 VI, VII die Grundregeln zum Gutgläubensschutz sowie verstreut mehrere Sonderregeln. Vergleiche dazu z. B. Justus Meyer in: Enzyklopädie Europarecht Bd. 6, § 5 Rn 153ff.
3. Vergleichen Sie das Irreführungsverbot des § 18 II HGB mit dem allgemeinen Irreführungsverbot in §§ 5, 5a UWG.
Das Irreführungsverbot in § 18 II HGB ist in mehrfacher Hinsicht enger, da es nur Angaben in Firmen betrifft, nur Angaben über geschäftliche Verhältnisse, die für die angesprochenen Verkehrskreise wesentlich sind, und irreführendes Unterlassen (§ 5a UWG) ungeregt lässt. Der Firmengebrauch im Rahmen geschäftlicher Handlungen (vgl. § 2 I Nr. 1 UWG) muss sich auch an §§ 5, 5a UWG messen lassen.

Lösungen Kapitel 4

Let's Check

1. Welche BGB-Regeln werden durch die §§ 48 ff HGB modifiziert?
Das Stellvertretungsrecht des HGB modifiziert die Grundregeln der §§ 164 ff BGB.
2. Ist der Handelsvertreter Stellvertreter?
Der Handelsvertreter (§ 84 HGB) ist selbständiger Geschäftsmittler, kann Geschäfte für andere Unternehmer lediglich vermitteln oder in ihrem Namen abschließen. Nur im letzteren Fall ist er Stellvertreter iSd § 164 BGB.
3. Was ist unmittelbare Stellvertretung, was mittelbare Stellvertretung?
Unmittelbare Stellvertretung iSd §§ 164 ff BGB ist die Abgabe und der Empfang von Willenserklärungen im Namen eines anderen. Hierdurch wird der Vertretene unmittelbar Vertragspartner. Bei „mittelbarer Stellvertretung“ handelt der Geschäftsmittler im eigenen Namen, aber für Rechnung eines anderen, wie im Fall des Kommissionsgeschäfts (§ 383 HGB).
4. Welche Besonderheiten gelten für die Erteilung einer Prokura?
Die Prokura kann nur durch den Kaufmann selbst oder einen gesetzlichen Vertreter erteilt werden. Die Erteilung muss ausdrücklich erfolgen. Sie ist (deklaratorisch) im Handelsregister einzutragen; vgl. §§ 48, 53 HGB.
5. Wie verhalten sich Vertretungsmacht und Anstellungsverhältnis des Prokuristen zueinander?
Wie auch sonst im Vertretungsrecht ist zwischen Innenverhältnis und Außenverhältnis zu unterscheiden. Im Innenverhältnis bestimmt der Arbeitsvertrag die Rechte und Pflichten des Prokuristen. Hier kann auch festgelegt werden, in welchem Umfang der Prokurist von seiner Vertretungsmacht Gebrauch machen darf. Im Außenverhältnis ist seine Vertretungsmacht aber weitestgehend gesetzlich festgelegt (§ 49 HGB) und weitere Beschränkungen haben im Außenverhältnis nach

§ 50 I HGB keine Wirkung. Eine Verbindung ergibt sich aus § 168 BGB: Mit Beendigung des Dienstverhältnisses endet im Zweifel auch die Prokura; das ist allerdings nach § 53 HGB noch (deklaratorisch) einzutragen.

6. Welche Grundtypen der Handlungsvollmacht beschreibt § 54 I HGB?
§ 54 I HGB unterscheidet die Generalhandlungsvollmacht, die Arthandlungsvollmacht (= Gattungsvollmacht) und die Einzelhandlungsvollmacht (= Spezialvollmacht).
7. Reicht die Vertretungsmacht des Prokuristen weiter als die des Generalhandlungsbevollmächtigten?
Die Vertretungsmacht eines Prokuristen (§ 49 HGB) ist in mehrfacher Hinsicht weiter als die eines Generalhandlungsbevollmächtigten (§ 54 I, II HGB). Anders als der Prokurist ist der Generalhandlungsbevollmächtigte auf branchentypische und übliche Geschäfte beschränkt und der Katalog der ausgeschlossenen Geschäfte in § 54 II HGB ist weiter als der in § 49 II HGB.
8. Wie wirkt sich die Anfechtung eines Arbeitsvertrages auf die Ladenvollmacht nach § 56 HGB aus?
§ 56 HGB setzt zwar eine „Anstellung“ voraus, meint als Verkehrsschutzvorschrift damit aber nicht einen wirksamen Arbeitsvertrag. Die Anfechtung wirkt sich daher nicht aus.

Vernetzende Aufgaben

1. Gelten die §§ 48 ff, 54 und 56 HGB auch für nicht eingetragene Kleingewerbetreibende?
Die genannten Vorschriften gelten als HGB-Normen grundsätzlich nur für Kaufleute. § 48 HGB spricht zudem ausdrücklich vom Inhaber eines Handelsgeschäfts. Nicht eingetragene Kleingewerbetreibende gehören als Nichtkaufleute (vgl. § 2 HGB) daher grundsätzlich nicht zum Adressatenkreis. Die herrschende Lehre befürwortet aber eine analoge Anwendung der §§ 56 und 54 HGB, da der bezweckte Verkehrsschutz gegenüber allen Gewerbetreibenden einheitlich gelten sollte. Für die Prokura gilt das nicht, da die in § 53 HGB geforderten Handelsregistereintragungen nur den Kaufleuten möglich sind.
2. Inwieweit schützt das BGB den Geschäftspartner in seinem Vertrauen auf die Vertretungsmacht des Stellvertreters?
Wie kann er sich schützen?
§§ 170–173 BGB enthalten nur einen geringen Verkehrsschutz. Geschäftspartner müssen sich beim Vertretenen über die Vollmacht erkundigen oder sich eine Vollmachtsurkunde vorlegen lassen, um sicherzugehen.

Lösungen Kapitel 5

Let's Check

1. Gelten die §§ 343, 344 HGB auch für Handelsgesellschaften?
Die Vorschriften gelten nur begrenzt: Rechtsgeschäfte, die im Namen einer Handelsgesellschaft abgeschlossen werden, sind Handelsgeschäfte. Da Handelsgesellschaften kein „Privatleben“ im engeren Sinne haben, entfällt die entsprechende Differenzierung und die Vermutung des § 344 HGB ist obsolet.
2. Was sind „Incoterms“?
Die Abkürzung steht für International Commercial Terms. Das sind durch die Internationale Handelskammer (ICC) standardisierte Lieferbedingungen, die in internationalen Lieferverträgen durch 3-Buchstaben-Kürzel wie „DAX“, CIF oder FOB“ in Bezug genommen werden.
3. Wo sind die Grundsätze vom kaufmännischen Bestätigungsschreiben normiert? Gelten sie auch für Kleingewerbetreibende?
Die Grundsätze vom kaufmännischen Bestätigungsschreiben sind nicht normiert; es handelt sich um Gewohnheitsrecht. Der Adressatenkreis ist im Einzelnen umstritten. Die Grundsätze gelten sicher unter Kaufleuten, also auch unter Kleingewerbetreibenden, wenn sie im Handelsregister eingetragen sind (§ 2 HGB). Nach herrschender Lehre gelten die Grundsätze auch, wenn nicht eingetragene Kleingewerbetreibende ein Bestätigungsschreiben an einen Kaufmann senden. Sie gelten aber nicht, wenn der Empfänger Nichtkaufmann ist.
4. Welche Sonderregelungen enthält das HGB für kaufmännische Bürgschaften?
Nach § 350 HGB gilt das Schriftformerfordernis des § 766 BGB nicht. Nach § 349 HGB steht Kaufleuten und Handelsgesellschaften nicht die Einrede der Vorausklage (§ 771 BGB) zu; ihre Bürgschaft ist vielmehr eine selbstschuldnerische.
5. Welche Wirkung haben Abtretungsverbote gemäß § 399 BGB? In welchem Verhältnis hierzu steht § 354a HGB?
Forderungen können nach § 398 BGB grundsätzlich abgetreten werden ohne dass der Schuldner zustimmen müsste. Vereinbart er mit seinem Gläubiger aber ein Abtretungsverbot nach § 399 BGB, so wirkt dies absolut: Die Forderung wird unabtretbar. Für beiderseitige Handelsgeschäfte macht § 354a HGB hiervon eine Ausnahme und stellt die Abtretbarkeit der Forderungen wieder her, um die wirtschaftlichen Freiräume der Gläubiger zu erhalten.
6. Welche BGB-Vorschriften erweitert § 366 HGB vor allem?
§ 366 HGB erweitert insbesondere die Möglichkeit des Gutgläubenserwerbs nach §§ 932 ff BGB.
7. Wie wird der gute Glaube an die Vertretungsmacht im HGB geschützt?
Gutgläubige werden in ihrem Vertrauen auf die Vertretungsmacht des Gegenübers vor allem durch §§ 54 III, 56 HGB und im Fall einer eingetragenen Prokura durch § 50 und § 15 HGB geschützt. Ob bei der Veräußerung beweglicher Sachen im Namen eines anderen nach § 366 HGB analog angewendet werden kann, ist umstritten. Die herrschende Meinung verneint dies mit Hinweis auf die zuvor genannten Vorschriften.

Vernetzende Aufgaben

1. Einseitige Handelsgeschäfte (§ 345 HGB) sind häufig Verträge zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher (Verbraucherverträge). Wie ist hier das Verhältnis von HGB-Regeln und dem Verbraucherschutzrecht?
Die HGB-Regeln kollidieren mit den BGB-Regeln zum Verbrauchervertragsrecht kaum. Gegebenenfalls gelten die BGB-Regeln vorrangig, da sie EU-Recht umsetzen.
2. Informieren Sie sich im Lehrbuch von Karsten Schmidt über die Begriffe „Incoterms“, „soft law“ und „lex mercatoria“.
3. Sollte § 354a HGB nicht zugunsten kleingewerblicher Gläubiger analog angewandt werden?
Der BGH meint nein (vgl. das Urteil vom 13.07.2006 – VII ZR 51/05). In der Lehre ist die Frage aber sehr umstritten (vgl. z. B. Baumbach/Hopt „Handelsgesetzbuch“, § 354a Rn 1; Lettl, JA 2010, 109, 110).

Lösungen Kapitel 6

Lets check

1. Welche Regeln des BGB und HGB gelten für Handelskäufe?
Auf Handelskäufe finden zunächst die kaufrechtlichen Vorschriften der §§ 433 ff BGB Anwendung, die durch die Regeln des BGB AT und des allgemeinen Schuldrechts ergänzt werden. Sofern sie einschlägig sind, finden auch die Vorschriften über besondere Arten des Kaufs Anwendung sowie die §§ 474 ff BGB über den Verbrauchsgüterkauf bei einseitigen Handelsgeschäften. Ergänzt und modifiziert werden diese Regelungen durch §§ 373 ff HGB.
2. Welches sind die Anwendungsvoraussetzungen des § 373 HGB?
Die Vorschrift setzt voraus, dass es sich um einen Handelskauf handelt und der Tatbestand des Annahmeverzugs im Sinne der §§ 293 ff BGB erfüllt ist.
3. Was sind absolute Fixgeschäfte, was sind relative Fixgeschäfte? Welchen Fall erfasst § 376 HGB und zu welchen Modifikationen führt er?
Absolute Fixgeschäfte sind so sehr von der Leistungszeit abhängig, dass die Leistung danach unmöglich ist, so dass § 275 BGB eingreift. Bei relativen Fixgeschäften ergibt sich nach Ablauf der Leistungszeit ein Rücktrittsrecht aus § 323 I, II Nr. 2 BGB, da die Parteien das Leistungsinteresse an diese Leistungszeit gebunden haben. Bei diesem zweiten Fall setzt § 376 HGB an und gewährt wie die BGB-Vorschrift ein Rücktrittsrecht. Der Erfüllungsanspruch wird zur Ausnahme, der Schadensersatz statt der Leistung zur Regel.
4. Welches sind die Anwendungsvoraussetzungen des § 377 HGB?
Die Anwendungsvoraussetzungen sind: beiderseitiger Handelskauf, Mangel, Ablieferung.
5. Gilt § 377 HGB auch, wenn die abgelieferte Ware eine vom Hersteller (nicht Verkäufer!) versprochene Eigenschaft aufweist?
Es gilt der Mangelbegriff des § 434 BGB. Daher muss der Verkäufer im Rahmen des § 434 I 3 BGB auch für Abweichungen von Herstellerangaben einstehen.
6. Gilt § 377 HGB auch beim Streckengeschäft, bei dem der Käufer die Ware weiterveräußert und direkt an seinen Käufer liefern lässt?
Ja, der Zwischenhändler muss dann beim Endabnehmer untersuchen oder diesen auch zur Untersuchung für ihn verpflichten.
7. Verlangt § 377 HGB auch zerstörende Stichprobenuntersuchungen?
Unter Umständen ja, wenn Mängel nur so festgestellt werden können, zum Beispiel einzelne Pilzdosen bei größerer Lieferung oder ein Probelauf einzelner, eingeschweißter Computer-CDs.
8. An welcher Stelle der Prüfung eines Anspruchs ist § 377 HGB in der Regel zu prüfen?
Wird mangelhafte Ware nicht rechtzeitig gerügt, so gilt sie nach § 377 II (oder bei verdeckten Mängeln nach § 377 III) HGB als genehmigt. Die Rügesäumnis führt also zum Untergang der aus dem Mangel resultierenden Ansprüche. § 377 HGB wird regelmäßig erst geprüft, wenn die Entstehung des Anspruchs (z. B. auf Nacherfüllung, vgl. insgesamt § 437 BGB) gegeben ist.

Vernetzende Aufgaben

1. Das UN-Kaufrecht enthält in Art. 38–40, 44 CISG ähnliche Regeln zur Rügeobliegenheit. Vergleichen Sie die Regeln.
2. Die Regeln des § 377 HGB werden in der Praxis teils als zu vage, zu starr oder zu streng empfunden. Was ist zu raten?
§ 377 HGB stellt dispositives Recht dar. Die Vertragsparteien können als abweichende Vereinbarungen treffen und zum Beispiel die Untersuchungs- und Rügeobliegenheiten konkretisieren, beim Streckengeschäft diese zeitlich hinausschieben, die Rechtsfolgen wie in Art. 44 CISG abmildern oder die Rügeobliegenheit ganz abbedingen.

Lösungen Kapitel 7

Let's check

1. Ordnen Sie die in der Tabelle aufgeführten Gesellschaftsformen den Kategorien Personengesellschaften, Kapitalgesellschaften und sonstige Körperschaften zu.
*Personengesellschaften sind die BGB-Gesellschaft, OHG und KG.
Kapitalgesellschaften sind die GmbH (samt UG), AG, SE und Limited. Die GmbH & Co KG ist eine Mischform, die Genossenschaft eine sonstige Körperschaft.*
2. Wieso sind im Handelsregister vielmehr GmbH eingetragen als in der Umsatzsteuerstatistik erfasst?
Die Umsatzsteuerstatistik erfasst nicht die Unternehmen ohne Umsätze, mit Kleinstumsätzen und mit steuerbefreiten Umsätzen. Weitere Gründe sind z. B. Mehrfacheintragungen (bei mehreren Niederlassungen) und nicht im Handelsregister gelöschte GmbH.

Vernetzende Aufgaben

Das Handelsregister und die Umsatzsteuerstatistik führen auch zahlreiche Traditionsunternehmen auf. Wie aber sieht es bei Neugründungen aus? Gibt es hier rechtsformspezifische Statistiken?

Einen Anhaltspunkt liefert die Statistik der Gewerbeanzeigen, die auch nach Rechtsformen untergliedert ist (Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, Reihe 5; auch online abrufbar unter www.destatis.de). Hier werden allerdings nur die Unternehmen erfasst, die nach § 14 GewO anzeigepflichtig sind.

Lösungen Kapitel 8

Let's check

1. Gibt es eine Mindestgründerzahl oder Mindestkapitalisierung für die BGB-Gesellschaft?
Für die Gründung einer BGB-Gesellschaft ist ein Gesellschaftsvertrag nötig. Wie bei allen Personengesellschaften sind also mindestens zwei Gesellschafter erforderlich. Ein Mindestkapital gibt es nicht.
2. Welche Förmlichkeiten sind bei der Gründung einer BGB-Gesellschaft zu beachten?
Eine BGB-Gesellschaft kann auch durch formfreien Vertrag gegründet werden. Auch sonstige Förmlichkeiten wie eine Registereintragung und dergleichen sind nicht erforderlich.
3. Kann ein Gesellschafter einer BGB-Gesellschaft seine Beitragspflichten auch durch Einbringung von Computern, die Überlassung von Maschinen oder PKW, die Einbringung eines Patents oder durch seine Tätigkeit als Geschäftsführer leisten?
Nach § 706 BGB können Beiträge als Bareinlagen oder Sacheinlagen und auch durch bloße Nutzungsüberlassung sowie durch Dienstleistungen erbracht werden. Alle Formen der Beitragsleistung sind also möglich.
4. Die Studentinnen A, B, C und D wollen sich nebenberuflich zusammentun, um im zunächst kleinen Stil Softwareberatung anzubieten. A stellt ihren Laptop zur Verfügung, B ihre Wohnung, C hat ein Auto und will die Fahrerei übernehmen, D erstellt die Homepage des Unternehmens. Darauf stoßen sie mit einem Tequila an. Ist damit eine BGB-Gesellschaft gegründet?
Ja, die Vereinbarung geht über eine bloß freundschaftliche Verabredung hinaus und geschieht mit Rechtsbindungswillen. Daher ist ein formfreier Vertrag geschlossen, mit dem sich A, B, C und D zur Förderung eines gemeinsamen Zwecks verpflichten. Damit ist eine BGB-Gesellschaft (und keine OHG) gegründet, da es sich nur um ein kleingewerbliches Unternehmen handelt, das nicht im Handelsregister eingetragen wird.
5. Wer ist Geschäftsführer, wer Vertreter der neu gegründeten Gesellschaft, wenn A, B, C und D nichts Weiteres dazu vereinbaren?
Hier gilt die gesetzliche Grundregel der §§ 709, 714 BGB: Zur Geschäftsführung sind A, B, C und D gemeinschaftlich befugt und verpflichtet, es gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Dem entspricht nach § 714 BGB auch die Vertretungsmacht. A, B, C und D sind also Gesamtvertreter der BGB-Gesellschaft.
6. Wie vorletzte Aufgabe: Kann der Gesellschaftsvertrag auch bestimmen, dass Geschäftsführungsfragen nach Mehrheit entschieden werden und A alleinige Vertreterin der Gesellschaft ist?
Diese Gestaltung ist möglich: Der Gesellschaftsvertrag kann das Mehrheitsprinzip einführen, womit schon im Zweifel die Mehrheit nach Köpfen (und nicht nach Kapitalanteilen) gemeint ist (§ 709 II BGB). Da nach § 714 BGB die Vertretungsmacht nur im Zweifel der Geschäftsführungsbefugnis folgt, kann auch hier eine abweichende Vereinbarung getroffen und A zur Alleinvertreterin bestimmt werden.
7. § 14 BGB spricht von rechtsfähigen Personengesellschaften. Zählt die BGB-Gesellschaft dazu?
Auch die BGB-Gesellschaft ist rechtsfähige Personengesellschaft, wenn sie nicht bloße Innengesellschaft ist. Eine § 124 HGB entsprechende Vorschrift gibt es in den §§ 705 ff BGB zwar nicht, die Rechtsprechung wendet die Vorschrift aber analog an.

8. A und B sind alleinvertretungsberechtigte Gesellschafter der A & B-Anwaltssozietät. A bestellt im Namen der Gesellschaft einen HGB-Kommentar, der 3 Tage später geliefert wird. Wer ist Käufer, wer wird Eigentümer des Kommentars?
Die A & B-Anwaltssozietät ist als freiberuflicher Zusammenschluss eine BGB-Gesellschaft, die analog § 124 HGB rechtsfähig ist. Da sie durch A vertreten worden sind, ist sie Partnerin des Kaufvertrages. Mit der Lieferung findet eine Übereignung gemäß § 929 S. 1 BGB statt und die Gesellschaft wird Eigentümerin des Kommentars.
9. Wie vorherige Aufgabe. An wen kann sich der Verkäufer wegen der Kaufpreiszahlung halten?
Da die BGB-Gesellschaft Käuferin ist, schuldet sie gemäß § 433 II BGB den Kaufpreis. Für diese Gesellschaftsverbindlichkeit haften analog § 128 Satz 1 HGB auch die Gesellschafter A und B persönlich.

Vernetzende Aufgaben

1. Wie verhält sich die Rechtsprechung zur Rechtsfähigkeit der BGB-Gesellschaft zum Gewaltenteilungsprinzip?
2. Ist § 708 BGB eigentlich noch zeitgemäß?
Lesen Sie dazu K. Schmidt (2018), Gesellschaftsrecht, § 59 III 2.

Lösungen Kapitel 9

Let's check

1. A und B tun sich zusammen, um (a) eine Hebammenpraxis oder (b) eine Kfz-Werkstatt zu gründen. Steht Ihnen die Rechtsform der OHG offen?
Im Fall (a) gründen A und B eine BGB-Gesellschaft, da es sich um einen freiberuflichen und daher einen nicht-gewerblichen Zusammenschluss handelt. Im Fall (b) handelt es sich um ein Gewerbe. Bei größerem Zuschnitt ist die Gesellschaft ohne weiteres OHG (und nach § 106 HGB einzutragen); bei kleingewerblichem Zuschnitt handelt es sich um eine BGB-Gesellschaft, die aber durch – freiwillige – Eintragung zur OHG wird (§ 105 II HGB, „Kann-OHG“).
2. Kann in der A & B-OHG der A zum alleinigen Geschäftsführer und Vertreter der Gesellschaft gemacht werden?
Ja, nach § 114 I HGB steht die Geschäftsführungsbefugnis grundsätzlich jedem Gesellschafter zu. Nach § 117 II HGB ist die Übertragung auf einen Gesellschafter aber zulässig. Nach § 125 I HGB ist jeder Gesellschafter zur Vertretung der OHG ermächtigt, kann von der Vertretung aber ausgeschlossen werden. Das geschieht durch den Gesellschaftsvertrag und ist nach § 106 II Nr. 4 HGB im Handelsregister einzutragen.
3. Woraus besteht das OHG-Vermögen und wem wird es juristisch zugeordnet?
Das OHG-Vermögen besteht aus den Beiträgen der Gesellschafter und dem Erwirtschafteten (§§ 718 f BGB, § 103 III HGB) und ist der OHG selbst als rechtsfähiger Personengesellschaft zugeordnet (§ 124 HGB).
4. Wie sind die Entnahmerechte in der OHG geregelt?
Gemäß § 122 HGB sind Entnahmen bis zu 4 Prozent vom Kapitalanteil unabhängig von Gewinn und Verlust zulässig; weitere Gewinnentnahmen sind auch gegen den Willen der Mitgesellschafter zulässig, soweit sie die OHG nicht offenbar schädigen. Im Einvernehmen aller Gesellschafter sind Entnahmen unbegrenzt möglich.
5. Sind die Regeln zur Vertretung der OHG zwingendes Recht?
§ 125 HGB lässt den Ausschluss einzelner Gesellschafter von der Vertretung wie auch die Anordnung einer Gesamtvertretung zu. Der Umfang der Vertretungsmacht kann gemäß § 126 II HGB nicht mit Außenwirkung beschränkt werden. Einem von der Vertretung ausgeschlossenen Gesellschafter kann allerdings eine Handlungsvollmacht oder Prokura erteilt werden.
6. In der A & B Kfz-Werkstatt-OHG bleibt die Rechnung des V über die gelieferte und aufgebaute Hebebühne (24.000 EUR) länger liegen bis schließlich B den Kaufpreis und die angefallenen Zinsen begleicht. Kann B die OHG und A in Regress nehmen?
*Durch den Kauf ist eine OHG-Verbindlichkeit entstanden (§ 433 II BGB). Im Zahlungsverzug schuldet die OHG zudem Verzugszinsen (§ 288 I, II BGB). Durch die Erfüllung dieser Verbindlichkeiten macht A in OHG-Angelegenheiten Aufwendungen, die er nach § 110 I HGB von der OHG ersetzt verlangen kann.
Daneben haften A und B als Gesellschafter persönlich und gesamtschuldnerisch (§ 128 S. 1 HGB). Daher tilgt B mit der Zahlung nicht nur eine OHG-Verbindlichkeit, sondern auch eine Schuld des Mitgeschafters A und kann gemäß § 426 II BGB von A einen anteiligen Ausgleich verlangen. Dieser Anteil richtet sich nach der Gewinn- und Verlustverteilung. Sofern der Gesellschaftsvertrag hierzu nichts bestimmt, tragen A und B gemäß § 121 III HGB die Verluste hälftig, so dass B von A auch einen hälftigen Ausgleich (hier also 12.000 EUR) verlangen kann.*

Vernetzende Aufgabe

Wurden 2016 mehr Gewerbebetriebe in der Form einer OHG, KG oder AG gegründet?
Auskunft hierüber gibt die statistische Auswertung der Gewerbeanmeldungen durch das statistische Bundesamt (Fachserie 2, Reihe 5; auch online abrufbar unter www.destatis.de), die auch nach Rechtsformen aufgegliedert ist. Sie weist unter den Neugründungen insgesamt 1.151 OHG, 997 klassische KG, 10.985 GmbH & Co. KG sowie 898 AG aus.

Lösungen Kapitel 10

Let's Check

1. Wo ist bestimmt, dass auf die KG auch OHG-Recht und GbR-Recht Anwendung findet?
Die Verweisungsnormen sind § 161 II HGB und § 105 III HGB.
2. Welche Angaben muss die Handelsregistereintragung der KG enthalten?
Die Anmeldung der KG muss nach §§ 106 II, 161 II HGB die dort aufgeführten persönlichen Angaben zu den Komplementären, Firma, Sitz der KG und die Vertretungsmacht der Gesellschafter enthalten. Zudem muss nach § 162 HGB die Bezeichnung der Kommanditisten mit dem Betrag ihrer Einlage enthalten sein.
3. Unterliegen die Gesellschafter in der KG einem Wettbewerbsverbot?
Das Wettbewerbsverbot der §§ 111f HGB gilt gem. § 161 II HGB für die Komplementäre. Die Kommanditisten unterliegen dem Wettbewerbsverbot grundsätzlich nicht, sie unterliegen aber den allgemeinen Treuepflichten.
4. Inwiefern unterscheidet sich die Regelung zur Gewinnverteilung bei der KG von der des OHG-Rechts?
Nach §§ 121, 168 I HGB erhalten OHG-Gesellschafter, Komplementäre und Kommanditisten zunächst einen Anteil entsprechend ihres Kapitalanteils. Darüberhinausgehender Gewinn wird in der OHG nach Köpfen verteilt (§ 121 III HGB), in der KG dagegen in einem den Umständen nach angemessenem Verhältnis (§ 168 II HGB). Dabei ist in Rechnung zu stellen, inwieweit Kommanditisten eine weitergehende Haftung übernehmen, Geschäftsführungsaufgaben und andere Aufgaben wahrnehmen und dergleichen.
5. Kann ein Kommanditanteil übertragen werden?
Ja, ein Kommanditanteil kann durch eine allseitige Veränderung des Gesellschaftsvertrags, durch einen Abtretungsvertrag mit Zustimmung der übrigen Gesellschafter oder durch Testament oder sonstige Verfügung von Todes wegen übertragen werden, sofern die übrigen Gesellschafter zustimmen oder der Gesellschaftsvertrag dies von vornherein zulässt.

Vernetzende Aufgaben

1. In den 1960er Jahren hat ein Rektor Aufsehen erregt, der mit einer vermögenslosen Zuschneiderin eine KG gegründet hat, in der die Schneiderin Komplementärin und er Kommanditist mit Geschäftsführungsbefugnis und Prokura war. Kann sich der Rektor in einer solchen Konstellation auf die beschränkte Haftung berufen?
Diese Frage hat der BGH in der Entscheidung BGHZ 45, 204 aus dem Jahr 1966 bejaht.
2. Vergleichen Sie die Kontrollrechte eines Kommanditisten mit denen eines GmbH-Gesellschafters.
Der Kommanditist kann Kontrollrechte gemäß § 166 HGB ausüben. Er kann danach die schriftliche Mitteilung des Jahresabschlusses verlangen und dessen Richtigkeit unter Einsicht der Bücher und Papiere prüfen. Auch der GmbH-Gesellschafter hat nach § 51a GmbHG ein Auskunfts- und Einsichtsrecht. Nach § 51a GmbHG haben die Geschäftsführer unverzüglich Auskunft über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu geben. Dieses Informationsrecht reicht weiter als das des Kommanditisten nach § 166 HGB. Inwieweit dem Kommanditisten ein solches weitergehendes Informationsrecht zuzuerkennen ist, ist umstritten.

Lösungen Kapitel 11

Let's Check

1. Kann eine GmbH auch durch eine Einzelperson oder eine Aktiengesellschaft und auch zu einem nicht-gewerblichen Zweck gegründet werden?
Ja, nach § 1 GmbHG kann eine GmbH auch durch eine Person errichtet werden. Dies kann auch eine juristische Person oder auch eine rechtsfähige Personengesellschaft sein, also auch eine AG. Die GmbH ist immer Handelsgesellschaft (§ 13 III GmbHG); sie kann aber nach § 1 GmbHG zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck errichtet werden, also auch zu nicht-gewerblichen und nicht-unternehmerischen Zwecken.
2. Welches ist die nötige Form, welches der notwendige Inhalt einer GmbH-Satzung?
Die GmbH-Satzung muss nach § 2 I GmbHG notariell beurkundet und von allen Gesellschaftern unterzeichnet werden. Sie muss nach § 3 I GmbHG die Firma und den Sitz der Gesellschaft enthalten, den Unternehmensgegenstand, den Betrag des Stammkapitals sowie die Zahl und die Nennbeträge der Stammeinlagen.
3. Beschreiben Sie die Vertretungs- und Haftungsverhältnisse in der Vor-GmbH.
Die Vor-GmbH wird bereits durch den oder die Geschäftsführer vertreten (vgl. § 35 I GmbHG). Sie haftet für ihre Verbindlichkeiten zunächst selbst. Daneben haften die in ihrem Namen Handelnden nach § 11 II GmbHG persönlich. Zudem gilt § 13 II GmbHG noch nicht: Die Gesellschafter müssen die vor Eintragung entstehenden Verluste ausgleichen und für die satzungsgemäße Anfangskapitalisierung sorgen.
4. Was sind Stammeinlagen, was ausstehende Auslagen?
Stammeinlagen sind die Einlagen auf das Stammkapital, die die Gründungsgesellschafter leisten (§ 3 I Nr. 4 GmbHG). Dabei sind ausstehende Einlagen Bareinlagen, die noch nicht eingezahlt sind (§ 7 II GmbHG).

5. Sind GmbH-Gesellschafter nachschusspflichtig?
Eine Nachschusspflicht kann sich im Rahmen der Vor-GmbH ergeben. Im Übrigen bestehen Nachschusspflichten nach §§ 26–28 GmbHG nur, wenn die Satzung dies vorsieht.
6. Aus welchen Vorschriften ergibt sich die Möglichkeit der Gesellschafter, ihre eigenen Kompetenzen zu erweitern oder einzuschränken und der Geschäftsführung verbindliche Weisungen zu erteilen?
Gemäß § 45 GmbHG herrscht im GmbH-Recht grundsätzliche Satzungsfreiheit. Die Gesellschafter können ihre Rechte und Pflichten daher in der Satzung festlegen, soweit dem keine zwingenden Vorschriften entgegenstehen. Die Weisungsbefugnis der Gesellschafter gegenüber der Geschäftsführung ergibt sich (leider sprachlich nicht sehr deutlich) aus § 37 I GmbHG.
7. Beschreiben Sie den Zusammenhang zwischen Kapitalerhaltungsregeln und Geschäftsführerhaftung in der GmbH.
Die Kapitalerhaltungsregeln (§§ 30 ff GmbHG) sind insofern mit der Geschäftsführerhaftung (§ 43 GmbHG) verknüpft, als verbotene Leistungen der GmbH in der Regel durch die Geschäftsführung veranlasst sind. Daher hebt § 43 III GmbHG die Ersatzpflicht der Geschäftsführer bei Verstößen gegen die Kapitalerhaltungsregeln besonders hervor.
8. Erläutern Sie den Nachrang von Gesellschafterdarlehen gemäß § 39 I Nr. 5 InsO.
Für die GmbH aber auch andere haftungsbeschränkende Rechtsformen gilt, dass Forderungen auf Rückgewähr eines Gesellschafterdarlehens im Rang nach den allgemeinen Forderungen der Insolvenzgläubiger berichtigt werden. Die Gesellschafterdarlehen werden im Ergebnis also ähnlich wie haftendes Eigenkapital behandelt.

Vernetzende Aufgaben

1. Vergleichen Sie die Vertretungs- und Geschäftsführungsbefugnisse der GmbH-Geschäftsführer mit denen der AG-Vorstände.
Die GmbH wird gemäß § 35 I 1 GmbHG durch die Geschäftsführer vertreten; die AG wird gemäß § 78 I 1 AktG durch den Vorstand vertreten. Bei mehrköpfigen Organen ist die Gesamtvertretung der gesetzliche Regelfall (§ 35 II GmbHG und § 78 II AktG). Den Geschäftsführern der GmbH obliegt auch die Führung der Geschäfte. Hier sind sie gemäß § 37 I GmbHG den Weisungen der Gesellschafter unterworfen. Demgegenüber hat der Vorstand die AG unter eigener Verantwortung zu leiten (§ 76 AktG). Er ist also an Weisungen der Hauptversammlung nicht gebunden. Die Geschäftsführung (§ 77 AktG) obliegt ihm autonom. Allerdings können nach § 111 IV 2 AktG bestimmte Arten von Geschäften an die Zustimmung des Aufsichtsrats gebunden sein.
2. Gibt es im Aktienrecht eine § 45 GmbHG entsprechende Vorschrift?
Nein, anders als im GmbH-Recht gilt im Aktienrecht der Grundsatz der Satzungsstrenge: Nach § 23 V AktG darf die Satzung von den Vorschriften des AktG nur abweichen, wenn dies ausdrücklich zugelassen ist. Diese Einschränkung der Privatautonomie ist aus Gründen des Anlegerschutzes gerechtfertigt: Wer eine Aktie erwirbt, soll durch ungewöhnliche Satzungsbestimmungen nicht überrascht werden.

Lösungen Kapitel 12

Let's Check

1. Wozu wurde die GmbH & Co. KG „erfunden“? Wozu wird sie heute vor allem genutzt?
Die GmbH & Co. KG wurde nach Einführung der Körperschaftssteuer zur Vermeidung der Doppelbesteuerung entworfen. Heute lassen sich vor allem die Vorteile der GmbH (Haftungsbeschränkung, „Unsterblichkeit“) und der KG (insbesondere Finanzierungsflexibilität) miteinander kombinieren.
2. Ist die Gründung einer GmbH & Co. KG teurer als die einer GmbH oder klassischen KG?
Ja, bei der Gründung der GmbH fallen Kosten für die notarielle Beurkundung und die Handelsregistereintragung an und bei der KG weitere Kosten für die Handelsregistereintragung.
3. Wer vertritt die GmbH & Co. KG?
Die KG wird durch ihre Komplementärin vertreten (§§ 125 f, 161 II und 170 HGB); die GmbH wird durch ihren Geschäftsführer vertreten (§ 35 I 1 GmbHG).
4. Beschreiben Sie die Geschäftsführungsbefugnisse in der GmbH & Co. KG.
Geschäftsführerin der KG ist die GmbH als Komplementärin (§§ 114, 161 II, 164 HGB); in der GmbH obliegt die Geschäftsführung dem Geschäftsführer, der aber an die Weisungen der Gesellschafter gebunden ist (§ 37 I GmbHG).
5. A verfügt über ein Barvermögen von 14.000 EUR. Kann er allein eine GmbH & Co. KG gründen?
Ja, er kann mit einer Bareinzahlung von 12.500 EUR eine GmbH gründen (vgl. § 7 II GmbHG), mit der er eine KG gründet, in der er einen Kommanditanteil in beliebiger Höhe übernimmt.

Vernetzende Aufgabe

1. Wird die GmbH & Co. KG bilanzrechtlich als Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft behandelt?
Die GmbH & Co. KG wird in § 264a HGB den Kapitalgesellschaften gleichgestellt.
2. Gibt es Kombinationsformen wie die GmbH & Co. KG auch in anderen europäischen Staaten?
Ja, die beträchtliche und weitere steigende Zahl solcher Kombinationsformen war Anlass für die Richtlinie 90/605/EWG, die zur Einführung der §§ 264a ff HGB geführt hat.

Wirtschaftsrecht: Handels- und Gesellschaftsrecht

Meyer, J.

2018, XII, 188 S. 6 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-19982-1